Bundesrat **Drucksache 654/97**

05. 09. 97

Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

Fristablauf: 17. 10. 97

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 72114130 9. 97
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 40, Telefax: (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0720-2946

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Bundesrat **Drucksache 654/97**

05. 09. 97

Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 108/97

Bonn, den 5. September 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 17. 10. 97

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 21. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 21. September 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Brasilien schafft.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acordo entre a República Federal da Alemanha e a República Federativa do Brasil sobre Promoção e Proteção Recíproca de Investimentos

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Föderative Republik Brasilien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand in beiden Staaten zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

A República Federal da Alemanha

e

A República Federativa do Brasil
(doravante denominados «Partes Contratantes»),

Animados pelo desejo de intensificar a cooperação econômica entre os dois países;

Desejando criar condições favoráveis para investimentos de investidores de um país no território do outro;

Reconhecendo que a promoção e a proteção desses investimentos por meio de um acordo poderão servir para estimular a iniciativa econômica privada e favorecer a prosperidade nos dois países,

Acordam o seguinte:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, die der Investor einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften anlegt oder wiederanlegt, insbesondere, aber nicht ausschließlich
   a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
   b) Aktien, Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
   c) Ansprüche auf Geld oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und in Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
   d) Rechte des geistigen Eigentums, wie zum Beispiel Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, nicht offenbarte Informationen, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
   e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen in bezug auf natürliche Ressourcen;

   eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investoren"
   a) natürliche Personen, die nach der Verfassung einer Vertragspartei deren Staatsangehörigkeit besitzen und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Kapitalanlage vornehmen,

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo:

1. O termo «investimentos» significa toda espécie de haveres investidos ou reinvestidos por um investidor de uma Parte Contratante no território da outra, de acordo com a legislação desta última, e inclui, em particular, ainda que não exclusivamente:
   a) a propriedade de bens móveis e imóveis, bem como quaisquer outros direitos reais, tais como hipotecas e penhoras;
   b) as ações, quotas ou outras formas de participação societária;
   c) os direitos sobre créditos ou quaisquer outros direitos sobre obrigações com valor econômico relativos a um investimento;
   d) os direitos de propriedade intelectual, tais como direitos de autor, patentes, modelos registrados, desenhos e modelos industriais, marcas, nomes comerciais, informações não divulgadas, processos tecnológicos, *know-how* e fundo de comércio, e
   e) as concessões de direito público, inclusive concessões para pesquisa, exploração e extração de recursos naturais.

   A alteração da forma pela qual os bens foram investidos não afeta a sua qualificação como investimento.
2. O termo «rendimentos» designa as quantias geradas por um investimento, em um determinado período, tais como lucros, dividendos, juros, *royalties,* ou outras formas de remuneração.
3. O termo «investidores» designa:
   a) as pessoas físicas que tenham a nacionalidade de uma das Partes Contratantes em conformidade com sua Constituição e que realizem um investimento no território da outra Parte Contratante, e

b) juristische Personen, Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei haben und nach ihren Rechtsvorschriften gegründet worden sind, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht, und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Kapitalanlage vornehmen;

4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet" das Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht dieser Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet nicht durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone, oder einem ähnlichen regionalen Zusammenschluß oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Diese Behandlung bezieht sich auch nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich in konvertibler Währung geleistet werden und frei transferierbar sein. Bis zum Zeitpunkt der Zahlung ist sie mit dem geltenden LIBOR-Satz zu verzinsen. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

b) as pessoas jurídicas, as sociedades comerciais ou outras sociedades e associações, com ou sem personalidade jurídica, que tenham sede no território de uma das Partes Contratantes, constituídas de acordo com a sua respectiva legislação interna, independentemente de terem suas atividades fins lucrativos, e que realizem um investimento no território da outra Parte Contratante.

4. O termo «território» designa o território de cada Parte Contratante, compreendendo a plataforma continental e a zona econômica exclusiva, sobre o qual a Parte Contratante em questão possa, de acordo com o Direito Internacional, exercer direitos soberanos ou jurisdição.

Artigo 2

1. Cada Parte Contratante promoverá, na medida do possível, e admitirá investimentos de investidores da outra Parte Contratante em seu território, de acordo com as disposições legais vigentes, e concederá a esses investimentos tratamento justo e eqüitativo.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará a administração, a aplicação, o uso ou o gozo dos investimentos de investidores da outra Parte Contratante em seu território por meio de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

Artigo 3

1. Nenhuma das Partes Contratantes submeterá, em seu território, os investimentos de investidores da outra Parte Contratante ou os investimentos em que detenham participação os investidores da outra Parte Contratante a um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos seus próprios nacionais ou aos investimentos de investidores de um terceiro país.

2. Nenhuma das Partes Contratantes submeterá os investidores da outra Parte Contratante, no que respeita às suas atividades relacionadas aos investimentos realizados em seu território a um tratamento menos favorável do que o concedido aos seus próprios investidores ou a investidores de um terceiro país.

3. Este tratamento não se estenderá a concessões de uma das Partes Contratantes a investidores de terceiros países em razão de sua adesão ou associação a união aduaneira ou econômica, mercado comum, zona de livre comércio, ou acordo regional similar.

4. Este tratamento tampouco se estenderá a benefícios que uma das Partes Contratantes conceda a investidores de um terceiro país em conseqüência de acordo para evitar a dupla tributação ou de outros acordos sobre questões tributárias.

Artigo 4

1. Os investimentos de investidores de uma das Partes Contratantes gozarão no território da outra Parte Contratante de plena proteção e segurança.

2. Os investimentos de investidores de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou à nacionalização, exceto por motivos de utilidade pública e mediante indenização. A indenização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha imediatamente antes da data em que a expropriação, nacionalização ou medida equivalente, já consumada ou iminente, tenha sido tornada de domínio público. A indenizacão deverá ser paga de imediato, em moeda conversível e livremente transferível. Será acrescida de juros à taxa *Libor* em vigor até a data de seu efetivo pagamento. A legalidade da expropriação, nacionalização ou medida equivalente, bem como o montante de indenização, serão suscetíveis de recurso em processo judicial ordinário.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;

b) der Erträge;

c) zur Rückzahlung von Darlehen;

d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen;

f) der in Artikel 6 vorgesehenen Zahlungen.

Diese Transferierungen erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs soll nicht wesentlich von dem Marktkurs abweichen, der sich aus der Umrechnung der Währung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage gelegen ist, und der vom Investor gewünschten Währung in US-Dollar an den offiziellen Märkten der beiden betreffenden Länder für laufende Transaktionen ergibt.

Artikel 6

Hat eine Vertragspartei oder eine ihrer Institutionen ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geleistet, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die berechtigte Vertragspartei oder eine ihrer Institutionen kann die Rechte in demselben Umfang ausüben wie ihr Rechtsvorgänger. Die vorgenannten Bestimmungen gelten insoweit nicht, als nach der nationalen Gesetzgebung einer Vertragspartei die Übertragung von Eigentum an unbeweglichen Sachen im Rahmen der Subrogation nicht möglich ist. In diesem Fall erwirbt die berechtigte Vertragspartei oder eine ihrer Institutionen einen Ausgleichsanspruch in Geld. Für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs und den Transfer von Zahlungen aufgrund der in diesem Artikel vorgesehenen übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

3. Os investidores de uma das Partes Contratantes que venham a sofrer perdas de investimentos no território da outra Parte Contratante em razão de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, receberão dessa Parte Contratante tratamento não menos favorável em matéria de restituições, compensações, indenizações ou demais retribuições, do que o concedido aos seus próprios investidores. Esses pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas neste Artigo, os investidores de uma das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, do tratamento de nação mais favorecida.

Artigo 5

1. Ambas as Partes Contratantes garantirão aos investidores da outra Parte Contratante a livre transferência das importâncias relacionadas aos investimentos, em particular, mas não exclusivamente:

a) do capital e das importâncias adicionais para a manutenção ou ampliação do investimento;

b) dos rendimentos;

c) das amortizações de empréstimos;

d) do produto resultante da liquidação ou alienação total ou parcial do investimento;

e) das indenizações previstas no Artigo 4, e

f) dos pagamentos previstos no Artigo 6.

As transferências efetuar-se-ão, sem demora, à taxa de câmbio em vigor na data da transferência.

2. Esta taxa não deverá diferir sensivelmente da taxa de mercado resultante do câmbio, em dólares americanos, da moeda da Parte Contratante em cujo território se encontra o investimento e da moeda desejada pelo investidor, em vigor para transações correntes nos mercados oficiais dos respectivos dois países.

Artigo 6

Se uma das Partes Contratantes ou uma de suas agências houver relizado pagamento a um investidor em razão de uma garantia concedida a um investimento no território da outra Parte Contratante, esta última, sem prejuízo das disposições do Artigo 9, reconhecerá à primeira Parte Contratante a sub-rogação em todos os direitos daquele investidor. A Parte Contratante sub-rogada ou uma de suas agências poderá exercer tais direitos na mesma medida em que seu titular original. As disposições precedentes não se aplicam aos casos em que a legislação nacional de uma Parte Contratante não possibilite a sub-rogação nos direitos sobre a propriedade de bens imóveis. Neste caso, à Parte Contratante sub-rogada ou a uma de suas agências é reconhecido o direito à indenização pecuniária. Ao cálculo deste direito à indenização e às transferências efetuadas em decorrência da sub-rogação prevista neste Artigo aplicam-se, analogamente, as disposições dos parágrafos 2 e 3 do Artigo 4 e do Artigo 5.

Artigo 7

1. Se das disposições legais de uma das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional, que existam ou venham a existir entre as Partes Contratantes além deste Acordo, resultar uma regulamentação geral ou especial em que seja concedido aos investimentos de investidores da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto neste Acordo, esta regulamentação prevalecerá na parte em que for mais favorável.

2. Cada Parte Contratante observará qualquer outro compromisso que tenha assumido em relação a investimentos de investidores da outra Parte Contratante em seu território.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben. Der Vertrag gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann auf diese Weise keine Einigung erzielt werden, so ist die Meinungsverschiedenheit auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei einen Schiedsrichter bestellt und beide Schiedsrichter sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Schiedsrichter sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen. Der Obmann und die Mitglieder des Schiedsgerichts müssen die Staatsangehörigkeit von Staaten besitzen, mit denen beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Vertragsparteien endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors einem internationalen Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind, soweit anwendbar, die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 9 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 9 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artigo 8

O presente Acordo aplicar-se á igualmente aos investimentos já realizados antes da entrada em vigor deste Acordo por investidores de uma Parte Contratante no território da outra Parte Contratante em conformidade com as respectivas disposições legais. As disposições deste Acordo não se aplicarão porém a controvérsias surgidas antes de sua vigência.

Artigo 9

1. As controvérsias que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão dirimidas, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes de forma amigável.

2. Caso não se chegue a um entendimento, a controvérsia será submetida, a pedido de qualquer das Partes Contratantes, a um tribunal arbitral.

3. O tribunal será constituído *ad hoc*, da seguinte forma: cada Parte Contratane designará um árbitro; de comum acordo, os dois árbitros elegerão um nacional de um terceiro Estado como Presidente, que será designado pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os árbitros deverão ser designados no prazo de 2 (dois) meses e o Presidente em um prazo de 3 (três) meses, a contar da data em que uma das Partes Contratantes tenha comunicado à outra sua intenção de submeter a controvérsia a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos estipulados no parágrafo 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, à falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias designações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes, ou por qualquer outro motivo esteja impedido, caberá ao Vice-Presidente proceder às designações. Se o Vice-Presidente também possuir a nacionalidade de uma das Partes Contratantes, ou igualmente achar-se impedido, as designações caberão ao membro do Tribunal que o siga na ordem de precedência e não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes. O Presidente e os membros do tribunal arbitral deverão ser nacionais de Estados com os quais ambas as Partes Contratantes mantenham relações diplomáticas.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão definitivas e obrigatórias para ambas as Partes Contratantes. Cada uma das Partes Contratantes arcará com as despesas do respectivo árbitro, bem como com as relativas à sua representação no processo arbitral. As despesas do Presidente e os demais custos do processo serão repartidos em partes iguais pelas Partes Contratantes. O tribunal arbitral poderá adotar disposições diferentes quanto às despesas. De resto, o tribunal arbitral definirá suas próprias regras processuais.

Artigo 10

1. As controvérsias que surgirem entre uma das Partes Contratantes e um investidor da outra Parte Contratante em relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser dirimidas de forma amigável.

2. Se uma controvérsia não puder ser solucionada dentro de um prazo de 6 (seis) meses, contado a partir da data em que uma das partes litigantes a tenha suscitado, será submetida, a pedido do investidor, à arbitragem internacional. A menos que as partes em litígio acordem diversamente, as disposições contidas nos parágrafos 3 a 5 do Artigo 9 deste Acordo, na medida em que forem aplicáveis, aplicar-se-ão analogamente; as partes na controvérsia designarão os árbitros do tribunal arbitral de acordo com o procedimento estabelecido no parágrafo 3 daquele Artigo; se os prazos estipulados naquele parágrafo não forem observados, cada parte no litígio poderá, à falta de outros acordos, convidar o Presidente da Corte de Arbitragem da Câmara Internacional de Comércio em Paris a proceder às necessárias designações. O laudo arbitral será executado em conformidade com o direito nacional.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schaden oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten auch in den in Artikel 63 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge genannten Fällen uneingeschränkt fort.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Brasilia ausgetauscht, sobald die Föderative Republik Brasilien der Bundesrepublik Deutschland notifiziert hat, daß sie die innerstaatlichen gesetzlichen Voraussetzungen zum Inkrafttreten des Vertrags erfüllt hat.

(2) Der Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer stillschweigend auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(4) Für Kapitalanlagen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 21. September 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3. A Parte Contratante envolvida na controvérsia não objetará, durante um processo arbitral ou quando da execução do laudo arbitral, a que o investidor da outra Parte Contratante tenha recebido indenização resultante de um seguro pela perda parcial ou total do investimento.

4. Uma vez que ambas as Partes Contratantes tenham aderido à Convenção para Regular Controvérsias entre Estados e Nacionais de outros Estados relativas a Investimentos, de 18 de março de 1965, as controvérsias de que trata este Artigo serão submetidas a um processo arbitral nos termos daquela Convenção, a menos que as Partes Contratantes acordem diversamente.

Artigo 11

As disposições deste Acordo continuarão a aplicar-se integralmente mesmo nos casos previstos no Artigo 63 da Convenção de Viena sobre Direito dos Tratados, de 23 de malo de 1969.

Artigo 12

1. O presente Acordo deverá ser ratificado. Os instrumentos de ratificação serão trocados em Brasília, logo que a República Federativa do Brasil tiver notificado a República Federal da Alemanha do cumprimento dos requisitos legais internos necessários para a entrada em vigor deste Acordo.

2. Este Acordo entrará em vigor 1 (um) mês após a data da troca dos Instrumentos de Ratificação.

3. Este Acordo permanecerá em vigor por um prazo de 10 (dez) anos, após o qual será tacitamente prorrogado por tempo indeterminado, a não ser que uma das Partes Contratantes o denuncie, mediante notificação por escrito encaminhada por via diplomática, com uma antecedência de doze meses. Expirado o prazo de 10 (dez) anos, o Acordo poderá ser denunciado a qualquer momento, com 12 (doze) meses de antecedência.

4. As disposições previstas nos Artigos 1 a 11 deste Acordo continuarão a aplicar-se por um período de 15 (quinze) anos, a partir do dia de sua expiração, a todos os investimentos realizados antes de sua expiração.

Feito em Bonn, em 21 de setembro de 1995, em dois exemplares originais, cada um nas línguas alemã e portuguesa, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Kinkel

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil
Lampreia

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Investoren der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, sowie Erträge aus der Kapitalanlage genießen den vollen Schutz des Vertrags.

(3) Zu Artikel 3

a) Als „Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen und auch für Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist.

Por ocasião da assinatura do Acordo sobre Promoção e Proteção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República Federativa do Brasil, os plenipotenciários abaixo assinados acordaram ainda as seguintes disposições, que constituem parte integrante do referido Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1

Considerar-se-á nacional de uma das Partes Contratantes toda pessoa que possua um passaporte nacional emitido pelas autoridades competentes da referida Parte Contratante, sem prejuízo de outros procedimentos para a determinação da nacionalidade.

2. Com referência ao Artigo 2

Os investimentos realizados por investidor de uma Parte Contratante no território de outra Parte Contratante de acordo com as disposições legais internas desta última, bem como os rendimentos deles resultantes, gozarão da plena proteção deste Acordo.

3. Com referência ao Artigo 3

a) Como «atividade», nos termos do parágrafo 2 do Artigo 3, serão compreendidos em particular, mas não exclusivamente, a administração, a aplicação, o uso e o gozo de um investimento. Como tratamento «menos favorável», nos termos do Artigo 3, serão considerados, especialmente, o tratamento diferenciado em caso de limitações à aquisição de matérias primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como de meios de produção e exploração de todo tipo, o tratamento diferenciado em caso de impedimento à venda de produtos dentro do país e no exterior e ainda outras medidas com efeitos equivalentes. Não serão consideradas como tratamento «menos favorável», nos termos do Artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem públicas, de saúde pública ou de ordem moral.

b) As disposições do Artigo 3 não obrigam as Partes Contratantes a estender a investidores residentes ou domiciliados no território da outra Parte Contratante as vantagens, isenções e reduções fiscais que, segundo as leis tributárias, somente são concedidas a investidores residentes ou domiciliados no seu próprio território.

c) No âmbito de suas disposições legais internas, as Partes Contratantes examinarão com benevolência os requerimentos de entrada e permanência de nacionais de uma das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante, em conexão com um investimento; o mesmo se aplicará aos empregados de uma das Partes Contratantes que queiram exercer atividade remunerada em conexão com um investimento e aos requerimentos para autorização de trabalho.

4. Com referência ao Artigo 4

O direito à indenização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa objeto de um investimento que comprometa consideravelmente a substância econômica da mesma.

5. Com referência ao Artigo 5

Uma transferência considerar-se-á como realizada «sem demora», nos termos do parágrafo 1 do Artigo 5, quando efetuada dentro do prazo normalmente requerido para o cumprimento das

Die Frist beginnt mit der Einreichung eines formgerechten und vollständigen Antrags und darf zwei Monate nicht überschreiten. Abweichend hiervon ist die Föderative Republik Brasilien berechtigt, den Transfer von Erlösen aus einer vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten durchzuführen.

formalidades necessárias. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento devidamente instruído tenha sido apresentado, não podendo exceder 2 (dois) meses. Não obstante esta disposição, a República Federativa do Brasil terá o direito de efetuar transferências relativas ao produto resultante da liquidação ou alienação total ou parcial do investimento, previstas na letra «d» do parágrafo 1 do Artigo 5, em um prazo máximo de 6 (seis) meses.

(6) Zu Artikel 10

Im Falle der Föderativen Republik Brasilien kann eine Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht nach Artikel 10 Absatz 2 insowelt nicht unterbreitet werden, als der Investor ein nationales Gericht bereits angerufen und dieses ein Urteil in der Sache bereits gefällt hat.

6. Com referência ao Artigo 10

Com relação à República Federativa do Brasil, uma controvérsia não poderá ser submetida à arbitragem internacional, nos termos do parágrafo 2 do Artigo 10, na medida em que o investidor já houver recorrido à sua jurisdição interna e esta já houver proferido decisão quanto ao mérito.

(7) Bei der grenzüberschreitenden Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, die entsprechenden Genehmigungen erteilen.

7. Com referência ao transporte internacional de bens e pessoas, decorrente de um investimento, nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a ação de empresas de transporte da outra Parte Contratante e outorgará, quando necessário, as autorizações correspondentes.

Geschehen zu Bonn am 21. September 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Feito em Bonn, em 21 de setembro de 1995, em dois exemplares originais, cada um nas línguas alemã e portuguesa, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Kinkel

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil
Lampreia

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brasilien entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Staaten Lateinamerikas ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 12 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen", „Erträge", „Investoren" und „Hoheitsgebiet". Nach der Definition des Hoheitsgebiets gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 genießen die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen sowie Erträge aus einer Kapitalanlage den vollen Schutz des Vertrags.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und gewährt den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Eine Entschädigungspflicht besteht gemäß Protokollnummer 4 auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach werden die Konvertierung in Devisen sowie der Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage, der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen sowie der in Artikel 6 vorgesehenen Zahlungen gewährleistet.

Der Transfer ist unverzüglich zu dem am Tag des Transfers gültigen Kurs durchzuführen. Dieser Kurs orientiert sich an dem Marktkurs, der sich aus der Umrechnung der Währung der jeweiligen Vertragspartei und der vom Investor gewünschten Währung in US-Dollar an den offiziellen Märkten für laufende Transaktionen ergibt.

Gemäß Protokollnummer 5 darf die Transferfrist nach Einreichung eines formgerechten und vollständigen Antrags zwei Monate nicht überschreiten. Abweichend hiervon ist Brasilien berechtigt, den Transfer von Erlösen aus einer vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten durchzuführen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann. Soweit nach der nationalen Gesetzgebung die Übertragung von Eigentum an unbeweglichen Sachen nicht möglich ist, wird ein Ausgleichsanspruch in Geld erworben.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind. Er gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Deutsche Investoren können das internationale Schiedsgericht allerdings nur unter eingeschränkten Bedingungen anrufen: Nach Protokollnummer 6 ist der Weg zum internationalen Schiedsgericht ausgeschlossen, wenn der Investor ein brasilianisches Gericht angerufen und dieses ein Urteil in der Sache gefällt hat.

Zu Artikel 11

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 12

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 7 ein Behinderungsverbot bei grenzüberschreitenden Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Bundesrat Drucksache **654/97** (Beschluß)

17.10.97

Stellungnahme
des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. September 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 717. Sitzung am 17. Oktober 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946